

Landeszeitung (Online), 04.12.15

Leuphana muss der AfD den Hörsaal zur Verfügung stellen

lz Lüneburg. Das Amtsgericht Lüneburg hat am Donnerstag, 3. Dezember, über den Antrag der AfD Kreisverband Lüchow-Dannenberg/Lüneburg gegen die Leuphana Universität Lüneburg entschieden.

Das Amtsgericht hat der Universität in einer einstweiligen Verfügung aufgegeben, der AfD am Freitag, 4. Dezember in der Zeit von 19 Uhr bis 21.30 Uhr den Hörsaal HS 3 auf dem Universitätscampus für eine politische Vortragsveranstaltung mit dem AfD Europaabgeordneten Markus Prezell zur Verfügung zu stellen und alle ihr zumutbaren Maßnahmen zu ergreifen, die der Durchführung der Veranstaltung dienen können.

Die Leuphana Universität Lüneburg hat gegen diese einstweilige Verfügung einen Antrag auf vorläufige Einstellung der Vollziehung gestellt.

Das Amtsgericht Lüneburg hat sodann diesen Antrag zurückgewiesen. Es bleibt bei der einstweiligen Verfügung vom 3. Dezember. Die Universität muss — entsprechend des geschlossenen Nutzungsvertrages — der AfD den Hörsaal auf dem Universitätscampus für eine politische Vortragsveranstaltung zur Verfügung zu stellen.

Zur Begründung hat das Amtsgericht u.a. ausgeführt:

Die Sach- und Rechtslage sei eindeutig. Jede andere Entscheidung würde bedeuten, dass gewaltbereite Gruppen und Demonstranten letztlich darüber entschieden, welche politischen Veranstaltungen tatsächlich stattfinden könnten und welche nicht. Dies könne in einem demokratischen Rechtsstaat wie der Bundesrepublik Deutschland, in der gerade die Meinungs- und Versammlungsfreiheit (Art. 5, 8 GG) eine besonders herausragende Bedeutung für den politischen Willensbildungsprozess haben, nicht hingenommen werden.

Schließlich geht das Gericht als selbstverständlich davon aus, dass die Polizei, die rechtzeitig von der Veranstaltung informiert gewesen ist, in der Lage sein wird, die Durchführung der Veranstaltung zu sichern und die Veranstaltungsteilnehmer einschließlich der friedlichen Demonstranten vor den gewaltbereiten Demonstranten zu schützen

Landeszeitung (Online), 04.12.15

Heftiger Protest an der Uni gegen AfD-Vortrag – Veranstaltung abgebrochen

ca Lüneburg. Gegen die AfD-Veranstaltung an der Leuphana, die vom Gericht zugelassen wurde, protestierten am Freitagabend rund 500 Demonstranten auf dem Campus an der Scharnhorststraße. Und der Protest wurde zunehmend heftiger, es kam zu Rangeleien, Reizgas wurde eingesetzt.

Die Polizei, die die Veranstaltung mit einer halben Hundertschaft sichert, schaffte durch die Demonstranten einen Korridor, damit die Besucher zu der AfD-Veranstaltung in Hörsaal 3 gelangen konnten. Die Tür zum Hörsaal wurde aus Sicherheitsgründen geschlossen. Vor dem Hörsaal brüllten die Protestanten weiter Parolen und trommelten gegen die Scheiben.

Die Partei ließ den geplanten Vortrag in Absprache mit Polizeieinsatzleiter Roland Brauer aus Sicherheitsgründen abbrechen. Die Polizei soll zu den Demonstranten, die noch immer vor Ort waren, gesagt haben: „Ihr habt euer Ziel erreicht, die Veranstaltung wurde abgebrochen. Es gab schon Verletzte, das hätte so nicht sein sollen. Geht bitte nach Hause!“.

Überwiegend Studenten protestierten gegen die AfD. Deren Europaabgeordneter Marcus Pretzell wollte um 19 Uhr über Bürgerrechte in Europa sprechen. Durch jüngste Äußerungen, dass er es für richtig halte, Flüchtlinge notfalls auch mit Waffengewalt am Grenzübertritt nach Deutschland zu hindern, war er massiv in die Kritik geraten. Die Universität wollte die Veranstaltung trotz bestehenden Vertrags mit der Partei kurzfristig absagen, doch die AfD erstritt das Recht auf die Hörsaalnutzung vor Gericht.

Uni-Präsident Sascha Spoun sagt: „Wir leben in einem Rechtsstaat. Die AfD hat ihr Recht durchgesetzt, das akzeptieren wir.“

Der Protest hatte friedlich begonnen, die Gegner des Pretzell-Auftritts setzten sich mit Transparenten für ein friedliches Miteinander ein. Die AfD hatte angekündigt, die Gegner auch in den Hörsaal zum Vortrag ihres Abgeordneten lassen zu wollen. Man sei offen für einen Dialog.

NDR, 04.12.2015 - 21:21 Uhr

Massive Proteste: AfD-Vortrag abgebrochen

Erfolg für die Demonstranten: Nach massiven Protesten ist eine Veranstaltung der Alternative für Deutschland (AfD) in der Lüneburger Leuphana Universität am Freitagabend abgebrochen worden. Nach NDR Informationen kam die Absage vom Veranstalter, der AfD, selbst. Gegenüber NDR.de sagte eine Polizeisprecherin, es habe ein Gefahrenpotenzial bestanden. "Die Gemüter sind hochgekocht", so die Sprecherin weiter. Es kam zu Rangeleien, als die Polizei die etwa 20 AfD-Unterstützer in den Hörsaal eskortierte. Die Beamten setzten daraufhin Pfefferspray ein. Dann begann der Vortrag der AfD mit Verzögerung, doch nach etwa 15 Minuten wurde die Veranstaltung abgebrochen. Die Nachricht, von der Polizei über Lautsprecher verbreitet, löste Jubel bei den Demonstranten aus. "Ihr könnt nach Hause fahrn, ihr könnt nach Hause fahrn", wurde den AfD-Sympathisanten entgegengerufen.

Antifa attackiert Polizei

Zwei Gegendemos hatte es in Lüneburg gegeben, Studentengruppen und mehrere Initiativen hatten zu den Protestaktionen gegen den Vortrag der AfD aufgerufen. Während die Studenten zu großen Teilen friedlich blieben, kam es aber aus dem Block der Antifa zu Angriffen gegen Polizisten. Unter den Antifa-Mitgliedern befanden sich nach Polizeiangaben auch verummte Personen. Die Studenten störten den Vortrag der AfD, indem sie mit vielen Händen gegen die Scheiben des Hörsaales klopfen - ohne, dass sie die Scheiben zerstörten. Nach dem Abbruch der Veranstaltung wurden die AfD-Unterstützer erneut unter Polizeischutz vom Uni-Gelände weggeführt. Die Studenten feierten ihren "Sieg" anschließend in der Uni.

Uni kündigt Nutzungsvertrag

Vorausgegangen war ein Beschluss des Lüneburger Verwaltungsgerichtes, das der AfD das Recht zugesprochen hatte, am Freitagabend einen Hörsaal für die Zusammenkunft zu nutzen. Unter anderem sollte dort der AfD-Politiker Marcus Pretzell auftreten, der für die Partei im EU-Parlament sitzt. Zuvor hatte die Universität die AfD gebeten, einen anderen Veranstaltungsort zu wählen. Das wurde jedoch abgelehnt. Wegen der erwarteten Störung des Lehrbetriebes hatte die Uni nach heftigen Protesten den Nutzungsvertrag für den Raum schließlich gekündigt.

Senat hat zu Protesten aufgerufen

16 Gruppen, Parteien und Gewerkschaften hatten sich in einer Resolution gegen Veranstaltungen rechter Gruppen an der Leuphana ausgesprochen. Auch der Senat der Universität hatte die Veranstaltung missbilligt und dazu aufgerufen, "friedlich und aufklärerisch jeglichen menschenverachtenden Inhalten überall und jederzeit entgegenzutreten", wie es in einer Stellungnahme hieß. Die Raumvergabe an die AfD Lüneburg sei wegen der rechtlichen Gleichbehandlung aller Parteien geschehen. AfD-Politiker Pretzell hatte zuletzt gefordert, an der deutschen Grenze notfalls mit Gewalt gegen Flüchtlinge vorzugehen. Für Gunter Runkel von der AfD in Lüneburg hat das nichts mit der Veranstaltung in der Uni zu tun. "Ich kann nicht erkennen, dass der Auftritt Pretzells provokant sein könnte."

Hamburger Abendblatt (Online), 04.12.15

Lüneburg AfD-Treffen nach Protesten und Polizei-Einsatz abgebrochen

Lüneburg.Reizgas-Einsatz und Feuersalarm: An der Leuphana Universität Lüneburg hat ein juristisch erzwungenes Treffen der rechtspopulistischen Partei Alternative für Deutschland (AfD) für Tumulte gesorgt. Nach Angaben eines Abendblatt-Reporters wurden mindestens zwei Demonstranten verletzt. Ob es unter den AfD-Mitgliedern oder den Polizisten Verletzte gegeben hat, war zunächst unklar. Die Polizei war mit einem Großaufgebot angereicht.

Gegen 20 Uhr sind die AfD-Mitglieder zu ihren Autos begleitet worden, die Veranstaltung der Partei konnte offenbar nicht wie geplant durchgeführt werden. Einer der Verletzten gab an, von Polizisten geschlagen worden zu sein. Einige Demonstranten klagten über anhaltenden Husten wegen des Reizgas-Einsatzes im Innern der Universität.

Der Allgemeine Studentenausschuss (Asta) der Leuphana Universität in Lüneburg hatte zu den Protesten gegen ein AfD-Treffen aufgerufen. Am frühen Abend kam es zu Rangeleien, als einige der mehrere Hundert Demonstranten ein mutmaßliches AfD-Mitglied nicht in die Uni lassen wollten. Die mit Helmen ausgestatteten Polizisten mussten die Demonstranten zurückdrängen. Bei einer zwischenzeitlichen Eskalation der Lage setzte die Polizei nach Angaben von Augenzeugen Reizgas in einem Gang zu einem Hörsaal ein.

Kurz darauf gab es einen Feuersalarm, vermutlich ein Trick, mit dem die Studenten den Abbruch der AfD-Veranstaltung herbeiführen wollten. Tatsächlich rückte die Feuerwehr an. Nach Augenzeugenangaben wurde die Veranstaltung gegen 20 Uhr abgesagt.

Seit dem späten Nachmittag wurde gegen die AfD protestiert. Zu dem Partei-Treffen wurde auch der AfD-Politiker Marcus Pretzell erwartet. Die Protestaktion ist eine Reaktion auf einen Beschluss des Lüneburger Verwaltungsgerichtes. Das Gericht hatte der AfD das Recht zugesprochen hat, am Freitag von 19 Uhr an einen Hörsaal für die Veranstaltung zu nutzen. Die AfD hatte sich die Nutzung des Hörsaals 3 per Gerichtsentscheid erstritten. Das Verwaltungsgericht gab dem Eilantrag der AfD statt.

Bereits am 25. November hatte der Senat der Leuphana Universität die AfD-Veranstaltung missbilligt und alle Mitglieder der Universität aufgerufen, sich an den friedlichen Protestaktionen gegen diese Veranstaltung zu beteiligen. Der Senat stellte klar, dass die Raumvergabe an die AfD Lüneburg aufgrund der rechtlichen Gleichbehandlung aller erlaubten Parteien geschah und distanzierte sich im Sinne des Leitbildes der Universität entschieden von den Veranstaltern sowie dem Referenten Marcus Pretzell. Der Senat ermunterte alle Mitglieder dazu, friedlich und aufklärerisch jeglichen menschenverachtenden Inhalten überall und jederzeit entgegenzutreten.

Am 30. November hatte schließlich die Leuphana Universität Lüneburg den Raumnutzungsvertrag mit der Partei AfD aufgehoben. "Die Lageeinschätzung im Vorfeld einer für den 4. Dezember geplanten Veranstaltung der Partei hatte ergeben, dass aufgrund von angekündigten Protesten Störungen des Universitätsbetriebes zu erwarten sind", heißt es auf der Homepage der Universität. Das Verwaltungsgericht Lüneburg hatte diese Entscheidung am Donnerstag zugunsten der AfD zurückgewiesen. Es hatte festgestellt, dass die AfD-Veranstaltung den Universitätsbetrieb nicht stören würde, da es dort dann keinen wesentlichen Betrieb geben würde.